



DSTG Thüringen Aktuell März / 2022

Haushaltsüberschuss von 1,5 Milliarden Euro – Wir wissen, wie wir diese Summe anlegen würden

Wir konnten dieser Tage den Zeitungen entnehmen, dass im Jahr 2021 ein enormer Haushaltsüberschuss von unserer Ministerin Heike Taubert stolz verkündet wurde. Dieser Überschuss steht im krassen Widerspruch zu dem Sparverhalten unseren Bediensteten gegenüber.

„Wertschätzung für Personal macht sich nicht nur am Geld fest!“, eine Aussage der Finanzministerin im Zuge der vorletzten Tarifverhandlung zum TV-L. Eine Feststellung, die auch wir vertreten. Frau Taubert hatte uns in diversen Gesprächen versichert, wie wichtig jeder Bedienstete in der Finanzverwaltung ist!

Die Forderung des Landesvorsitzenden Bernd Fricke nach einer deutlichen Erhöhung der Beförderungsquote wurde jedoch immer wieder mit Deutlichkeit zurückgewiesen. Trotz des Hinweises, das es immer noch einige Finanzbeamte gibt, die in den Jahren 1993 – 1996 im Eingangsamt oder im ersten Beförderungsamt verbeamtet und bisher noch nie befördert wurden, hält Frau Ministerin Taubert an den Voßchen 5 % fest! **Diese Beamten gehen in Pension, ohne ein einziges Mal befördert worden zu sein.** So etwas darf es angesichts des immensen Haushaltsüberschusses nicht geben.

Dieser Sparwille wird auch bei der amtsangemessenen Alimentation deutlich. Trotz Vorliegen von mehr als 10.000 Widersprüchen gegen eine vermutliche verfassungswidrige Alimentation gibt es keinen Weg einer Ruhendstellung und dem Betreiben eines Musterverfahrens.

Frau Ministerin Taubert, das verstehen wir nicht unter Wertschätzung!

Die DSTG Thüringen fordert daher Frau Ministerin Taubert erneut auf, umgehend „Ihren „ Bediensteten, die jeden Tag ihre Arbeit gut verrichten und trotz sämtlicher Umstände stets zur vollsten Zufriedenheit erfüllen, die Ihnen zustehende Wertschätzung zukommen zu lassen. Die Zeit ist des Wartens ist jetzt vorbei! Es wird Zeit zu handeln!

Wir sind die Finanzverwaltung, die das Geld für Ihren Haushalt hereinholt. Kein Polizist, kein Lehrer, keine Verwaltungsmitarbeiter, kein Kindergärtner, kein Vollzugsbeamter, kein Universitätsmitarbeiter, kein Abgeordneter und ja, nicht einmal Sie könnten bezahlt werden, wenn wir nicht unsere Dienstpflicht erfüllen würden. Kein Bauvorhaben, kein Zuschuss, keine Förderung, einfach nichts kann ohne unsere Arbeit finanziert und angegangen werden! Wir sind der Garant für den Fortschritt in Thüringen und der Garant für Steuergerechtigkeit! Wir dürfen nicht weiter zusehen, wie unsere gut ausgebildeten Anwärter den Arbeitgeber wechseln!

Wir haben Ihre Wertschätzung verdient und fordern diese jetzt bei Ihnen ein!



Frau Ministerin, Sie mögen Ihre Aufgabe als Finanzministerin auf haushalterischer Ebene erfüllen, Sie erfüllen aber nicht Ihre Aufgabe als Dienstherr! Sie sind nicht nur dem Haushalt verpflichtet, sondern auch Ihrem Personal gegenüber!

Es gärt und brodelt in der Finanzverwaltung! Wenn Sie nicht wollen, dass die einzige Einnahmeverwaltung des Landes zusammenbricht, dann zeigen Sie uns jetzt die uns zustehende Wertschätzung.

Als alarmierend empfinden wir es, dass vorwiegend junge Leute die Finanzverwaltung verlassen. Gerade der Zoll und die Thüringer Kommunen werben viele fertige Finanz- und Diplomfinanzwirte ab und locken diese mit vermeintlich besseren Beförderungsmöglichkeiten. Diesem Aspekt muss entgegengewirkt werden.

Wir fordern sie zur Umsetzung folgender Maßnahmen auf:

- Flexibilität beim Wechsel in den Arbeitszeitmodellen zwischen Teilzeit und Vollzeit ohne lange Antragsfristen und ohne Mindestlaufzeit
- Weitere Ausweitung der Telearbeitsplätze und mobiles Arbeiten in allen Dienststellen, nicht nur im Finanzministerium
- Vollständige Wiederherstellung des Pensionsfonds – Sie haben diesen aufgelöst, um einen Haushalt zu konsolidieren, der am Ende einen Überschuss i.H.v. einer Milliarde Euro hatte. Dies war angesichts des Überschusses völlig unnötig. Diesen Fond haben die Beamten von Ihren Besoldungsanpassungen selbst eingezahlt. Dieser Fond war zur Sicherung der Pensionen Ihrer Beamten gedacht. Wenn diese Beamten in einer großen Anzahl in den nächsten 5 Jahren in Pension gehen, werden diese auszahlenden Pensionen von allen als immense Belastung des Haushalts aufgefasst.
- Eine verfassungsmäßige Alimentation für alle Bediensteten des Freistaates. Ihr Gesetz erfüllt diese Anforderungen nicht. Die Anzahl der einzureichenden Klagen gegen die Widerspruchsbescheide werden eine deutliche Sprache sprechen.
- Ruhendstellung der Widersprüche zur Gewährung einer verfassungsmäßigen Alimentation und der Zustimmung zu einem Musterklageverfahren!
- Abbau des Beförderungsstaus durch eine einmalige Beförderungsquote von 50 % für 2022 und nachfolgend i.H.v. mindestens 20 Prozent jährlich, sowie einer Pflichtbeförderung nach zweijähriger Bewährung im jeweiligen Eingangsamt. Der Haushalt gibt es doch offensichtlich her.



- Eine Übernahmegarantie in die Beamtenlaufbahn aller Kolleginnen und Kollegen, die ihre Laufbahnprüfung bestanden haben, unabhängig von der jeweiligen Endnote! Die Ausbildung der Anwärter ist teuer genug. Wir haben nichts davon, wenn Anwärter, die die Prüfung bestanden haben, nach zwei Jahren nach Hause geschickt werden. Folgen Sie dem Beispiel der anderen Bundesländer, und übernehmen Sie jeden Anwärter, der die Prüfung besteht.
- Die Wiedereinführung der persönlichen Zulage bei der Ausübung höherwertiger Tätigkeiten. Es kann nicht sein, dass z.B. ein Steuerinspektor jahrelang Tätigkeiten der Besoldungsgruppe A 11 und höher ausübt, ohne einen Ausgleich und ohne Aussicht auf zeitnahe Beförderung zu erhalten!
- Eine Überprüfung der Dienstpostenbewertungen und mindestens die Angleichung an andere Bundesländer. Es kann nicht sein, dass die gleiche Tätigkeit in anderen Bundesländern teils zwei Bewertungsstufen über der von Thüringen liegt. Die Arbeit Ihrer Finanzbeamten ist nicht geringwertiger, nur weil wir Thüringer sind! Unsere Arbeit ist nicht leichter und auch nicht schlechter als die der Beschäftigten anderer Bundesländer!
- Anhebung der Eingangssämter in gehobenen und höheren Dienst
Nachdem wir im Haushalt 2021 die Anhebung des Eingangsamtes für den mittleren Dienst erreicht haben, fordern wir die Anhebung des Eingangsamtes im gehobenen Dienst (mindestens auf A10, besser wäre auf A 11), Erhöhung der Studienplätze für einen Aufstieg vom mittleren zum gehobenen Dienst bzw. die Möglichkeit der Ausweitung des Funktionalaufstieges sowie die Anhebung des Eingangsamtes für den höheren Dienst auf A 14.
- Anhebung der Reisekostenentschädigung für Dienstreisen mit dem eigenen Pkw von derzeit 0,35 € je gefahrenem Kilometer und für Aus- und Fortbildungen von derzeit 0,17 € auf die Höhe der Entschädigung für Dienstreisen
Die enorme Erhöhung der Energiepreise aufgrund des Ukrainekrieges macht eine zügige Erhöhung unumgänglich.

Diese Maßnahmen dienen der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Finanzverwaltung und damit der Zukunftsfähigkeit des gesamten Freistaates! Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist Wertschätzung!

Es sind keine unerfüllbaren Forderungen, es sind Regelungen, die andere Bundesländer schon längst umgesetzt haben. Es sind Forderungen, die längst überfällig sind, es sind vor allem bezahlbare Forderungen!

Frau Ministerin Taubert: Handeln Sie jetzt!